

Ausschuss blickt auf Hohe-Düne-Modell

Der Ausschuss für Stadtplanung diskutierte über den Bebauungsplan für das frühere Krankenhausesgelände.

Von Reiner Silberstein

Gifhorn. Damit sich die Mitglieder des städtischen Ausschusses für Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt ein Bild vom neuen Wohnquartier „Hohe Düne – Wohnen am Laubberg“ auf dem Gelände des ehemaligen Krankenhauses machen konnten, hatte der Bauträger Ingo Damaschke ein erstes Modell mitgebracht. Die Runde diskutierte am Montag über den Bebauungsplan inklusive Tiefgaragen, Kita, Freiflächen, Radwege und Sozialwohnungen.

„Das ist ein Massenmodell, noch ohne Architektur“, sagte Fachbereichsleiterin Susanne Hämpke, um Kommentare zu fantasielosen Klötzchen gleich im Keim zu ersticken. Deutlich sollte damit erst einmal nur sein, wo in welcher Größe Gebäude stehen und wo Freiflächen sind. „Hier kommt die Kita hin, darüber befinden sich Wohnungen.“

Die Zahl der PKW-Stellplätze ist noch in der Diskussion. Der Plan sieht derzeit 1,8 Plätze pro Wohneinheit vor wie für die Reihenhäuser. Das Mobilitätskonzept der Stadt dagegen 1,5. Ausschussvorsitzender Gunter Wachholz (SPD): „Das Konzept sieht drastische Reduzierungen vor. Wir enthalten uns nachher, wir wollen Wohnraum schaffen.“

Dafür soll es auch Tiefgaragen ge-



Die Mitglieder des Ausschusses für Stadtplanung, Bauordnung und Umwelt im Ratssaal diskutierten über den Bebauungsplan „Hohe Düne“.

FOTO: REINER SILBERSTEIN

ben – unter jedem Wohnblock mit separaten Zufahrten außer unter den Reihenhäusern. Eine einzige große Tiefgarage sei dagegen nicht denkbar, sagte Bauträger Damaschke: „Dafür wären die Auflagen viel

größer.“

Christian Lampe (CDU) hätte sich weniger große Höhenunterschiede zur bestehenden Bebauung der Bergstraße gewünscht – wolle sich aber der Mehrheit fügen. Aber

manche Gasse im Plan finde er doch „zu eng für einen ordentlichen Radweg“.

Offen ist laut Verwaltung noch, ob zusätzliche Fahrradstellplätze an den Hauseingängen geschaffen

werden sollen. Und wo die Sozialwohnbebauung festgelegt werden soll: im Bebauungsplan oder im städtebaulichen Vertrag.

Der Ausschuss stimmte mit sechs Ja-Stimmen und vier Enthaltungen für den Bebauungsplan. Nennenswerte Stellungnahmen waren nicht eingegangen, nicht eine einzige von Bürgern.

Einstimmig ging es beim Bebauungsplan „Gartenstadt“ zu, mit dessen Änderung eine Nachverdichtung der Wohnbebauung ermöglicht werden soll, ohne die Versiegelung über die zulässigen 60 Prozent zu erlauben. Vorgaben zur Begrünung von neuen Dächern, wie es Anke Klitzke (Grüne) vorschlug, gingen allerdings erst einmal nicht in den Entwurf ein.

Eigens für den Tagesordnungspunkt „Baugebiet Rehbohm“ hatte auch der Ortsrat Neubokel seine Sitzung parallel eröffnet. Die Stadt will in Neubokel nördlich des Baugebietes Tuunkamp neues Bauland ausweisen. Dazu braucht es eine Änderung des Flächennutzungsplans, einen Bebauungsplan und einen raumordnerischen Vertrag mit dem Regionalverband Großraum Braunschweig. Letzteres, weil die Größe von langfristig möglichen 100 Grundstücken das erlaubte Maß der Eigenentwicklung übersteigt. Mit dem Vertrag wird ein abschnittsweises Vorgehen festgelegt: Anfangs mit rund 40 Einheiten.